


12. Landesgesundheitskonferenz Baden-Württemberg, 19.11.2025		
TOP 5	Klimawandel und Gesundheit	

A. Sachverhalt

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Auswertungen der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW) zeigen, dass die Jahresmitteltemperatur 2024 in Baden-Württemberg bereits 2,5 °C über dem Referenzzeitraum 1961 bis 1990 lag. Dies hat zur Folge, dass Extremwetterereignisse zunehmen, wie längere, häufigere und intensivere Hitzewellen, aber auch Starkregen und Überschwemmungen sowie Trockenphasen und Dürreperioden. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Entwicklungen weiter verschärfen werden, mit erheblichen Folgen für Umwelt, Wirtschaft, Infrastruktur und die öffentliche Gesundheit.

Der Klimawandel wirkt sich direkt durch beispielsweise längere Hitzeperioden auf die Gesundheit der Menschen in Baden-Württemberg aus. Dies führt zu einem Anstieg hitzebedingter Erkrankungen, einer Verschlechterung vieler chronischer Erkrankungen, erhöhter Frühgeburtlichkeit und einem Anstieg von Todesfällen. Besonders betroffen sind ältere Menschen, chronisch Kranke, Säuglinge und Kleinkinder sowie sozial benachteiligte Gruppen. Aber auch indirekte Auswirkungen wie neue Krankheitsüberträger (z.B. die Asiatische Tigermücke) und -erreger (z.B. das West-Nil-Virus) sind zu erwarten. Zusätzlich treten psychische Belastungen wie erhöhte Aggressivität, Stress, Angststörungen, Depressionen und andere Traumafolgestörungen vermehrt auf.

Insgesamt stellen diese gesundheitlichen Auswirkungen das Gesundheitswesen und alle Gesundheitsakteure selbst vor neue Herausforderungen. Kliniken, Pflegeeinrichtungen und Praxen müssen sich auf steigende Fallzahlen, neue Krankheitsbilder und veränderte Versorgungsbedarfe einstellen und können gleichzeitig selbst von weiteren indirekten Folgen betroffen sein, wie bspw. Ausfälle von Mitarbeitenden, Lieferengpässe aufgrund von Beeinträchtigungen in der Infrastruktur und der Notwendigkeit von

Medikationsanpassungen. Zugleich ist das Gesundheitswesen selbst Mitverursacher klimaschädlicher Emissionen: Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und Praxen verbrauchen erhebliche Ressourcen, verursachen CO₂-Emissionen und produzieren Abfälle. Daher trägt auch das Gesundheitswesen eine Verantwortung für aktiven Klimaschutz.

Um das Gesundheitssystem widerstandsfähiger gegen Klimafolgen zu gestalten, braucht es sowohl wirksame Klimaschutzmaßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen als auch Anpassungsmaßnahmen. Beispiele wären die Entwicklung und Umsetzung von Hitzeschutzplänen in medizinischen, apothekerlichen und pflegerischen Einrichtungen, und die Berücksichtigung von Extremhitzeereignissen in der Krankenhausalarm- und -einsatzplanung und sonstiger Notfallplanung in medizinischen, apothekerlichen und pflegerischen Einrichtungen. Eine Förderung von aktiver fossilfreier Mobilität oder einer pflanzenbasierten Ernährung sind beispielsweise Klimaschutzmaßnahmen, die vielfältige gesundheitliche Mehrwerte (sog. „Co-Benefits“) bieten.

Der Klimawandel ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die sowohl Beiträge aller Sektoren zum Klimaschutz erfordert als auch eine sektorübergreifende Zusammenarbeit zur Anpassung an die gesundheitlichen Folgen des Klimawandels bedarf. Der Gesundheitssektor kann hierbei Gesundheitsaspekte in anderen Bereichen unterstützen (*Health in all Policies*): Die Bevölkerungsgesundheit wird nicht nur durch den Gesundheitssektor beeinflusst, sondern auch durch das Handeln anderer Sektoren. Die Umsetzung des Bundesklimaanpassungsgesetzes (KAnG) durch die Anpassung des Klimagesetzes Baden-Württemberg (KlimaG) bietet den Akteuren die Chance, gemeinsam aktiv zu werden.

Um den dargestellten Herausforderungen zu begegnen, hat das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration im Jahr 2023 gemeinsam mit der Landesärztekammer und dem Deutschen Wetterdienst ein Aktionsbündnis Klimawandel und Gesundheit (ABKuG) ins Leben gerufen. Diesem sind zwischenzeitlich zusätzlich die Landesapothekerkammer und die Landespsychotherapeutenkammer beigetreten. Die vorliegende Beschlussvorlage ist ein gemeinsames Anliegen der Mitglieder des ABKuG.

B. Beschlussvorschlag

1. Die Landesgesundheitskonferenz erkennt die gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels – insbesondere durch Hitzewellen, Extremwetterereignisse und veränderte Infektionsrisiken – als bedeutende Herausforderung für die öffentliche Gesundheit an.
2. Die Landesgesundheitskonferenz unterstreicht die Wichtigkeit, die gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels in allen davon berührten Sektoren und Arbeitsbereichen im Sinne eines Health-in-all-Policies-Ansatzes zu berücksichtigen, präventive Maßnahmen zum Klimaschutz zu ergreifen und Anpassungsstrategien zu entwickeln und umzusetzen.
3. Die Landesgesundheitskonferenz empfiehlt Gesundheitsakteuren, sich mit den gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels im Rahmen der eigenen Arbeitsbereiche auseinander zu setzen und Möglichkeiten zu prüfen, präventive Maßnahmen zum Klimaschutz zu ergreifen und Anpassungsmaßnahmen im Rahmen ihrer Arbeitsbereiche zu entwickeln. Dazu können sie sich untereinander abstimmen und sektorenübergreifend mit anderen Akteuren des Gesundheitswesens in einen Austausch treten. Das Aktionsbündnis Klimawandel und Gesundheit (ABKuG) soll als mögliches Netzwerk für solch einen Austausch dienen.

Votum

Zustimmung: x

Ablehnung:

Enthaltung:

Stand 19.11.2025